

Stadt will viele Ganztagsschulen

Auch Alternative zum Hort im Kindergarten / Erziehung Sache der Eltern oder des Staates?

ACHIM (mb) ■ Achims Schulen sollen alle den Kindern und Eltern Ganztagsangebote machen, aber freiwillige und keine erzwungenen. Das hat der Achimer Stadtrat einstimmig beschlossen.

Bisher gibt es Ganztagsangebote mit bescheidener öffentlicher Unterstützung und viel Privatinitiative an der Achimer Hauptschule und an der Badener Grundschule. Nun will die Stadt Gespräche mit allen Schulen in allen Ortsteilen über mögliche Ganztagsangebote beginnen und dafür natürlich auch alle Fördermöglichkeiten des Landes nutzen.

Ziel ist es auch, die Hort-

angebote in städtischen Kindergärten durch die neue Ganztagsbetreuung an den Schulen zu ersetzen. Kindertagesstätten und Schulen müssen deshalb eng zusammenarbeiten und auch bei der Nutzung der Räume die Gebäudegrenzen überwinden, sprich verstärkt Schulen in Anspruch nehmen.

■ Freiwilligkeit ■ statt Zwang

Auch in den Schulferien sollen Angebote gemacht werden, die dem derzeitigen Hortangebot entsprechen.

Den Weg zur großen Mehrheit im Stadtrat bei nur zwei Gegenstimmen der FDP

hatte die SPD freigemacht, indem sie das Ganztagsangebot nicht den Schulen verordnete, sondern vom Willen der Schulen und Eltern abhängig machte. Alle Achimer Schulen hatten sich nämlich im Vorfeld gegen einen Zwang zur Ganztagsbetreuung ausgesprochen. Dass alles auf Freiwilligkeit beruhen soll, lobten so auch Lars Gagelmann (WGA) und Rüdiger Dürr (CDU).

SPD-Fraktionsvorsitzender Herfried Meyer erinnerte an schon längst praktizierte Ganztagsangebote in Nordrhein-Westfalen und meinte, auch die Stadt Achim dürfe letztlich im Rahmens ihres Bündnisses für Familie und

schrecklicher Erscheinungen wie Kinderarmut nicht zurückstehen.

FDP-Fraktionsvorsitzende Elke Predehl-Kowski dagegen unterstrich, in erster Linie seien Eltern für ihre Kinder verantwortlich. Der Staat müsse nicht für alles einspringen. „Wir sind früher auch ganz ordentlich geworden, auch ohne Kindergarten.“ Die Stadt sollte nach ihrer Meinung nur reagieren, wenn Schulen Bedarf anmelden.

In diese Kerbe hieb auch Rüdiger Dürr (CDU). An die SPD gewandt, meinte er: „Machen Sie den Eltern Mut, ihre Kinder zu erziehen. Sie machen einen Fehler: Sie

möchten einen humanen Staat, ich eine humane Gesellschaft.“

Michael Schröter, Fraktionsvorsitzender der Grünen, war das zu theoretisch, denn oft müssten Vater und Mutter für den Lebensunterhalt arbeiten und erhielten dann manchmal noch nicht einen Mindestlohn dafür. Diese Realität schränke das Ideal der Familie und der fürsorgenden Eltern ein.

Der Rat ersparte sich dazu eine gesellschaftspolitische Grundsatzdebatte. Helmut Hermann (Grüne) merkte an, dass besonders bei der Astrid Lindgren-Schule in Achim Nord Ganztagsangebote angezeigt seien.